

Bürgerbeteiligung Machbarkeitsstudie Landesgartenschau 2026 in der Landeshauptstadt Mainz

Fragstellungen der Beteiligung

Am 24. Februar 2021 wurde die Bürgerbeteiligung zur Machbarkeitsstudie Landesgartenschau 2026 in Form einer Online-Beteiligung durchgeführt. Darin wurden die aktuellen Planungen zur Landesgartenschaubewerbung mit Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Ein besonderer Blick richtete sich dabei auf die entwickelten Flächenszenarien für die Landesgartenschau. Über diese Szenarien hinaus wurden zentrale Zieldimensionen für die Landesgartenschaubewerbung formuliert.

Flächenszenarien

Die Diskussion in den zwei Gruppen ergab keine eindeutige Präferenz für eines der vier Flächenszenarien. Die Szenarien wurden insbesondere im Hinblick darauf kritisiert, dass sie keinen Zugewinn an Grünflächen bedeuten.

Die Diskussion verlief inhaltlich weitgehend analog zur Diskussion im 1. Werkstattgespräch am 27. Januar 2021. Die Kritik lautet, Mainz habe insgesamt zu wenig Grün und deshalb muss eine Landesgartenschau einen Zugewinn an Grünflächen mit sich bringen.

In der Diskussion gab es zu dieser einhelligen Position drei differenzierte Ansätze:

- Ansatz 1:** Es sollte eines der Flächenszenarien genutzt und ergänzend ein Modell gefunden werden, wie mit Hilfe von Mikroprojekten und Kleinstgrünflächen ein ganzes Netz von Grünentwicklungen über die Stadt gezogen werden kann.
- Ansatz 2:** Es sollte eines der Flächenszenarien genutzt und ergänzend in anderen Bereichen der Stadt Flächen definiert werden, die zu zusätzlichen, qualitativ hochwertigen Grünflächen im Rahmen der Landesgartenschau werden.
- Ansatz 3:** Es sollte keines der Flächenszenarien genutzt werden, um ausschließlich noch nicht vorhandene Flächen als neue Grünflächen zu erschließen.

Diese drei Ansätze haben gemeinsam, dass sie auf der Suche nach mehr Grün als in den Flächenszenarien waren. In der Konsequenz wurden die vorliegenden vier Flächenszenarien weniger im Detail diskutiert, da sie als nicht ausreichend betrachtet wurden.

Statt die Flächen im Detail zu diskutieren, brachten die Bürgerinnen und Bürger aus ihrer Sicht umfänglich zentrale Zieldimensionen in die Beteiligung ein. Bei diesen Zieldimensionen gingen die Bürgerinnen und Bürger häufig davon aus, dass sie sich nicht allein auf den

vorgeschlagenen Flächen realisieren lassen und deshalb stand eine Erweiterung der Landesgartenschau auf andere Flächen immer wieder im Fokus.

Allerdings lässt sich aus der Bürgerbeteiligung durchaus eine Flächenpräferenz ableiten.

Diejenige Fläche wird bevorzugt, die möglichst viele Zieldimensionen der Bürgerinnen und Bürger erfüllen kann. Diese Zieldimensionen werden im Folgenden ausgeführt.

Zieldimensionen

Die Teilnehmenden der Bürgerbeteiligung formulierten viele Gedanken zur Landesgartenschaubewerbung und zur Stadtentwicklung, die sich in zentralen Zieldimensionen zusammenfassen lassen.

Wir gliedern diese Zieldimensionen in drei Teilbereiche:

- A) Gemeinsame Zieldimensionen vom 1. Werkstattgespräch und Bürgerbeteiligung
- B) Zieldimensionen aus der Bürgerbeteiligung, die im 1. Werkstattgespräch nicht vorkamen
- C) Zieldimensionen, die sich auf die Stadtentwicklung insgesamt beziehen

A: Gemeinsame Zieldimensionen von Werkstattgespräch und Bürgerbeteiligung

Die nachfolgende Reihe stellt keine Priorisierung dar. Identisch mit den Ergebnissen des 1. Werkstattgesprächs sind 8 Zieldimensionen. Diese lauten wie folgt:

1. Die Landesgartenschau sollte einen Zugewinn von Grünflächen mit sich bringen.

Hierzu gab es vielfältige Vorschläge. Insbesondere wurde diskutiert, wie mit langen Wander- und Spazierwegen, die sich durch die Stadt ziehen, vorhandenes Grün miteinander gut in Verbindung gebracht werden kann. Ein konkretes Beispiel hierfür ist die Verbindung von den Kliniken zur Universität entlang des Aquäduktes.

2. Die Landesgartenschau soll die Quartiere aufwerten.

Dieser Gedanke kam in allen getrennt diskutierenden Gruppen auf. Er besagt, dass eine Landesgartenschau in die angrenzenden Quartiere und insbesondere auch in die eng bebaute Innenstadt hineinwirken soll und auch dort zu mehr Grün führen sollte.

3. Die Landesgartenschau in Mainz muss den Rhein einbeziehen und muss ihn kostenfrei zugänglich halten.

Eindeutiges Ergebnis aller Diskussion war, dass der Rhein in die Planung mit einbezogen werden sollte. Besondere Sorge bei diesem Wunsch galt allerdings dem Umstand, dass ein Einbezug des Rheines dazu führen könnte, dass der Aufenthaltsort Rhein während der Dauer der Landesgartenschau den Mainzerinnen und Mainzern entzogen sein könnte.

4. Die Landesgartenschau sollte Grünflächen und den Rhein in eine Verbindung bringen.

Ein großer Wunsch in allen Gruppen war, eine Verbindung von Volkspark und Rheinufer im Zuge der Landesgartenschau zu ermöglichen. Ziel ist die Überbrückung oder Untertunnelung der mehrspurigen Straße, die beide Aufenthaltsorte voneinander trennt.

5. Eine Landesgartenschau soll zu einer Verbesserung der Wegeführung und Vernetzung führen.

Auch dieses Ziel richtet den Blick klar auf die Zeit nach der Landesgartenschau. Die geplanten Durchwegungen des Landesgartenschau Geländes sollen nicht für das Event selbst, sondern für das Leben danach optimiert sein. Darüber hinaus sollte die Landesgartenschau einen Beitrag dazu leisten, die Fuß- und Radwege in der ganzen Stadt zu verbessern.

6. Die Landesgartenschau sollte keine Attraktivität für die Anreise mit dem Auto bieten, sondern auf den ÖPNV setzen.

Die Teilnehmenden wünschten sich, dass die Landesgartenschau gut mit dem ÖPNV zu erreichen ist.

7. Die Landesgartenschau soll sich auf ein zentrales Thema konzentrieren.

Konkret lautete der Wunsch, das römische Erbe der Stadt Mainz in den Mittelpunkt zu rücken.

8. Die Landesgartenschau in der Landeshauptstadt sollte etwas Besonderes sein.

Dieses Ziel formuliert einen Anspruch, der in der Diskussion im Ungefähren verharrte. Zu beschreiben, was genau „besonders“ ist, war für die Teilnehmenden nachrangig gegenüber dem Anspruch, dass eine Landesgartenschau in der Landeshauptstadt Strahlkraft in irgendeiner Art und Weise entfalten soll.

B: Zieldimensionen aus der Bürgerbeteiligung, die im Werkstattgespräch nicht vorkamen

Über die gemeinsamen Zieldimensionen mit dem 1. Werkstattgespräch hinaus ergaben sich noch weitere Zieldimensionen, die ergänzend oder konkurrierend zu den Zieldimensionen des 1. Werkstattgesprächs sind. Diese lauten wie folgt:

9. Die Landesgartenschau in Mainz sollte die Entwicklung der schulischen Areale beinhalten

Hierbei handelt es sich um eine Ergänzung des Mikroprojekt-Gedankens aus dem Ansatz 1 zur Flächenerweiterung. Diskutiert wurde, ob die Schulhöfe ein zentraler Ort neuer Grünentwicklung und Entsiegelung werden können, um die Landesgartenschau in die ganze Stadt hineinwachsen zu lassen.

10. Die Landesgartenschau sollte einen Beitrag zur Klimaneutralität und zur Abkühlung des Stadtklimas leisten

Deutlich stärker als im 1. Werkstattgespräch wurde die Frage des Klimawandels diskutiert. Mainz überhitzt aus Sicht der Teilnehmenden zusehends. Deshalb sollte die Landesgartenschau nachweislich einen Beitrag zur Klimaneutralität und zur Abkühlung leisten. Besonderer Fokus liegt hierbei auf dem Wort „nachweislich“. Sprich, diese Effekte sollten messbar sein.

11. Eine Landesgartenschau sollte einen Zugewinn an neuen Begegnungsorten zur Folge haben

Der Wunsch der Mainzerinnen und Mainzer nach frei zugänglichen Begegnungsorten ohne Konsumzwang ist groß. Solche Orte sollten im Rahmen der Landesgartenschau geschaffen werden und über die Zeit der Landesgartenschau hinaus Bestand haben. Besonders wünschenswert sind solche Begegnungsflächen nicht nur auf dem Landesgartenschau Gelände, sondern auch insbesondere im Stadtzentrum.

12. Die Landesgartenschau sollte beispielbare Oberflächen für freie Sportarten entwickeln

Dieser Gedanke wurde aus Sicht von Skaterinnen und Skatern formuliert, lässt sich aber auch auf andere Sportarten erweitern. Es sollen Oberflächen von Mauern, Treppen und Geländern so gemeinsam mit diesen Sportlern beraten und gestaltet werden, dass sie auch für diese Sportarten beispielbar sind.

13. Die Landesgartenschau sollte einen intersektionalen Ansatz haben (sozial-inklusiv, sozial-ökologisch, barrierefrei)

Intersektionalität befasst sich mit den unterschiedlichen Schnittpunkten unterschiedlicher Diskriminierungskategorien. Die Forderung nach einem intersektionalen Ansatz der Landesgartenschau meint damit konkret, dass die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung genauso einbezogen werden sollen wie die von Menschen mit Migrationsgeschichte und andere Teilgruppen der Gesellschaft. In den Planungsteams unterrepräsentierte Teilgruppen sollen mit ihren Bedürfnissen nicht außen vor bleiben, sondern bewusst einbezogen werden, so dass die Landesgartenschau ein Ereignis für alle wird. Explizit ergänzend wurde die Forderung nach einer Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Planung der Landesgartenschau(bewerbung) formuliert.

14. Die Landesgartenschau in Mainz sollte möglichst kostenfrei sein

Dieser Wunsch wurde von einigen Teilnehmenden vorgetragen. Er skizziert das Idealbild einer Landesgartenschau, die für alle zugänglich ist und auf die Barriere einer Kostenpflichtigkeit komplett verzichtet.

C: Zieldimensionen, die sich auf die Stadtentwicklung insgesamt beziehen

Die Bürgerbeteiligung wurde von vielen Bürgerinnen und Bürgern genutzt, um allgemeine Themen der Stadtentwicklung einzubringen. Häufig wurde formuliert, dass im Rahmen der Landesgartenschau auch weitere Probleme gelöst werden sollen. Da beide Themen nicht unmittelbar verknüpft sind, listen wir diese Zieldimensionen der Stadtentwicklung gesondert. Diese lauten wie folgt:

15. Die Landesgartenschau sollte einen entscheidenden Beitrag zur Verkehrswende leisten

Die Verkehrswende in Mainz hat für viele Beteiligte der Bürgerbeteiligung eine große Bedeutung. Sie formulieren den Wunsch, dass diese schneller und besser vorangetrieben wird. Konkret bezogen auf die Landesgartenschau ist besonders wichtig, dass diese gut mit dem ÖPNV erreichbar ist und falls zentrale Radwegestrecken (Wallanlagen) gesperrt werden, diese umfangreich kompensiert werden.

16. Die Landesgartenschau sollte zur allgemeinen Barrierefreiheit in der Stadt beitragen

Die Forderung nach Barrierefreiheit bezieht sich sowohl konkret auf die Landesgartenschau (siehe Zieldimension 13) als auch allgemeiner auf die Stadtentwicklung insgesamt.

17. Die Landesgartenschau sollte sich mit Stadtreparaturen befassen

Die Mainzerinnen und Mainzer stürten sich in der Beteiligung an zu langen Planungs- und Erneuerungsprozessen in Mainz. Sie wünschen sich, dass die Stadt in Schuss gebracht wird und der aus ihrer Sicht bestehende Sanierungsstau im öffentlichen Raum aufgelöst wird.

18. Die Landesgartenschau sollte die Stadt sicherer machen

Der Fokus dieser Debatte lag auf Angstorten für Frauen. Er bezieht sich sowohl auf ein mögliches Landesgartenschaugelände, als auch auf die Stadtentwicklung insgesamt.

19. Die Landesgartenschau sollte den Fokus auf die Verbindung zu den Außenbezirken legen

Es besteht der allgemeine Wunsch, bessere und grüne Wegeverbindungen zwischen der Innenstadt und den äußeren Außenbezirken zu schaffen. Dies wird insbesondere für den Fußgänger- und Radverkehr, als auch für den ÖPNV vorgetragen.

Ergebnisse Ideenschalter

Neben den Zieldimensionen gab es im Rahmen der Bürgerbeteiligung die Möglichkeit, konkrete Gedanken zur Landesgartenschau einzureichen. Diese haben ausdrücklich nicht den Charakter von möglichst zu erfüllenden Zielen, sondern dienen der Inspiration für die Planerinnen und Planer. Gelistet werden im Folgenden alle Vorschläge, die nicht explizit in den Zieldimensionen Ausdruck gefunden haben:

Infrastruktur

- Ein Naturschwimmbad am/im Rhein als etwas, das wie die Seilbahn in Koblenz auch nach der Landesgartenschau 2026 dauerhaft bleibt.
- Ein Wanderweg von den Kliniken ins Wildgrabental.
- Schaffung von Möglichkeiten für Urban Gardening.
- Schaffung eines Rundweges zwischen Rheinufer, Volkspark, Winterhafen und der Kaiserstraße.
- Schaffung einer ‚römischen Meile‘: Römisch-Germanisches Zentralmuseum über die Zitadelle zum Römischen Theater Mainz.
- Schaffung einer Achse vom Rhein in die Innenstadt.
- Schaffung unterirdischer Parkmöglichkeiten.
- Schaffung eines Pfades der Archäologie rund um die Zitadelle.
- Schaffung einer autofreien Zitadelle.
- Schaffung einer Aquaponik-Anlage.
- Überdeckung der Wormser Straße inkl. Bahngleise.
- Schaffung eines begrünten Turmes.
- Schaffung grüner Hochhäuser für mehr Klimaschutz und Wohnraum.
- Schaffung von mehr ‚shared spaces‘ im Straßenraum.
- Schaffung von ‚Vorzeigegärten‘ in der dicht bebauten Altstadt.
- Schließung der Lücke zwischen Feldbergplatz und Rheinufer.
- Prüfung eines neuen Brückenschlags über den Rhein, um Grünflächen zu verbinden.
- Überbauung und Begrünung des Gleisbettes zwischen Wallanlage und Bahnhof.
- Instandsetzung von Wasserspielen und Schaffung neuer Wasserspielplätze.
- Schaffung einer Gartenbibliothek.

Einbezug

- Einbezug der Kleingartenanlagen in die Landesgartenschau.
- Einbezug der Flächen um Schloss, Landtag und Kaiserstraße. Schaffung einer barrierefreien Grünfläche rund um das Schloss inklusive Ergänzung der Bebauung nach historischem Vorbild.
- Einbezug der Innenstadt und des Domplatzes.
- Einbezug des Jockel-Fuchs-Platzes (entsiegeln, begrünen).
- Einbezug des Guttenberg-Museums.
- Einbezug der Parkplätze am Juxplatz und Jungenfeldplatz, um diese aufzulösen und durch grüne Begegnungsorte zu ersetzen.
- Einbezug der Neustadt.
- Einbezug des Lauterenviertels.
- Einbezug und Wiederbelebung der Schulgärten hinter der Neutorschule.
- Einbezug der Grünflächen hinter der Luthergemeinde.
- Einbezug des Ernst-Ludwig-Platzes.
- Einbezug der Kaiserstraße (Begrünung und Untertunnelung).
- Einbezug von Schiffen in das Konzept.
- Einbezug des Römischen Theaters.

- Einbezug des Hauptfriedhofes.
- Einbezug der Hochstraße (Landesgartenschau auf der Hochstraße statt Abriss der Hochstraße).
- Einbezug des Steinbruchs (Landesgartenschau statt Giftmülldeponie).
- Einbezug des Bleichenviertels.
- Einbezug der Goethestraße durch Überbauung mit Wohnraum zwischen den Bäumen.
- Einbezug der Grünflächen auf der hessischen Rheinseite.
- Einbezug und Erhalt der Flächen im Ostfeld und der Maarau statt diese zu bebauen.
- Einbezug des botanischen Gartens an der Universität.
- Einbezug des Fichteplatzes und Verbesserung für Radfahrer.
- Einbezug des Uni-Campuses.
- Einbezug des Umfeldes des Gartenfeldplatzes.

Gestaltung

- Verwendung von Materialien, die zur Abkühlung der Stadt beitragen.
- Säulenförmige Gewächse pflanzen. Vertikale Gärten.
- Begrünung von Dächern und im Speziellen die Begrünung der Parkhausdächer.
- Fassadenbegrünung in der Stadt.
- Schaffung mobiler Grün- und Wasseranlagen, die auch nach der Landesgartenschau durch die Stadt touren können.
- Verstärkte Baumpflanzungen in den Straßen.
- Die Produktion von Essen in die Stadt holen als Pilotprojekte der kurzen Wege.
- Entsiegelung möglichst nicht wie am Hopfengarten. Wenn Beton entfernt wird, bitte durch Grün statt Sand ersetzen.
- Liegewiesen am Rhein.
- Schaffung von Lichtskulpturen durch Künstlerinnen und Künstler am Rhein.
- Tanzvorstellungen und Literaturevents.
- Ideen für „Volkskonzepte“ – sprich, wie kann ich mit meinem Balkon an der Gartenschau mitwirken? (vielleicht durch ein Bürgerinnen- und Bürgerpaket mit Pflanzensamen etc.)
- Herausheben, dass Mainz die quellenreichste Stadt Deutschlands ist. Fokus auf das Thema Wasser in der Landesgartenschau.
- Weinreben in der Stadt ranken lassen.

Organisation

- Freier Eintritt für alle Inhaber des MainzPass.
- Säulenförmige Gewächse pflanzen.
- Begrünung der Parkhausdächer.
- Einbindung lokaler Akteure in die Gestaltung.
- Einbindung der Universität in die Gestaltung.
- Absicherung des Open-Ohr an der Zitadelle.

- Bitte, die kostenpflichtigen Areale früh und transparent auszuweisen, damit keine unnötigen Befürchtungen entstehen.
- Organisation von Blüh- und Baumpatenschaften.
- Zusätzlich zur Landesgartenschau auf dem Boden auch eine Schau am Himmel. Sternenparkführungen.